

Bezugspreis:

Bestelljahr 21. — 21. monatl. 7. — 21. fci ins Haus, voranz zahlbar. Post- bezug: Monatlich 7. — 21. erst. An- stellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 10.21. — für das übrige Ausland 14.50. —

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags- beilage „Soll u. Sein“ erscheint wochen- täglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die abgepaltenen Kompositionen... Die abgepaltenen Kompositionen... Die abgepaltenen Kompositionen...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 22. April 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Internationaler Sozialistkongress in Genf.

Einladung des Internationalen Bureaus.

Der 10. Internationale Sozialisten- und Arbeiterkongress wird am 31. Juli 1920 und den darauffolgenden Tagen stattfinden zu Genf, im Gemeindehaus von Plainpalais, Rue de Carouge 50.

Wir laden dazu alle sozialistischen und Arbeiterparteien oder Organisationen ein, die den folgenden wesentlichen Grundfragen zustimmen:

1. Die politische und wirtschaftliche Organisation der Arbeiterklasse zwecks Abschaffung der kapitalistischen Gesellschaftsform und Sicherung der völligen Befreiung der Menschheit durch die Eroberung der politischen Macht und der Sozialisierung der Produktions- und Austauschmittel.

2. Die internationale Einheit und Aktion für die Organisation des wahren Völkerbundes, der der Bund der Völker sein wird, die ihrer Geschichte Herr sein werden, durch den Kampf gegen Chauvinismus und Imperialismus, und für die allgemeine und gleichzeitige Abschaffung des Militarismus und des Regimes der Rüstungen, um den Weltfrieden zu sichern.

3. Die Internationale vertritt und verteidigt die Interessen der unterdrückten Völker und Klassen.

Die Tagesordnung wird die folgenden Punkte enthalten:

- A) Die Annahme der Statuten der Internationale. B) Die Frage der internationalen Einigkeit. C) Die Frage der Verantwortlichkeit. D) Die allgemeine internationale Politik: a) Der Friede und der Völkerbund. b) Demokratie und Diktatur. c) Sozialisierung. d) Das politische System des Sozialismus. e) Arbeitergesetzgebung. f) Kolonialpolitik. g) Einwanderung und Auswanderung. h) Die Teuerung. E) Die Organisation der Arbeiterpresse.

Wir haben es für richtig gehalten, die Frage der Einigkeit der Internationale an die Spitze der Tagesordnung zu setzen.

Unserer Ansicht nach gibt es im gegenwärtigen Augenblicke kein wichtigeres Problem vom Gesichtspunkt der Entwicklung und des Erfolges der Arbeiterbewegung.

Es war der große Gedanke der Einigkeit, der die Männer der Internationale von Marx bis zu Naurds und Vebel befehlte, als sie den Arbeitern aller Länder zuriefen: vereinigt euch! Er bildete eine der ernstesten Sorgen der internationalen Kongresse vor dem Kriege.

Der Krieg hat den Sozialismus in seiner Organisationsarbeit überfallen und unterbrochen. Er hat die Differenzen aufrechterhalten und sogar vermehrt, und am Tage der Revolution haben wir Parteien, die Sektionen der Internationale bilden, sich zerstreuen lassen, um die Macht zu ergreifen oder zu behaupten.

Nach dem Waffenstillstand, und sobald die materiellen Möglichkeiten der Vereinigung wieder vorhanden waren, versammelten sich die Parteien der Internationale, die schon während des Krieges von der Notwendigkeit der Wiedervereinigung durchdrungen waren, in Bern (vom 2. bis 10. Februar 1919). Die Aufgabe der Vorbereitung der Wiedervereinigung wurde einer „Permanente Kommission“ anvertraut, die mit Zustimmung aller an jener Konferenz vertretenen Parteien eingesetzt wurde.

Die Kommission begann ihre Arbeiten, befehlte einzig von dem Wunsche, den Interessen der internationalen Arbeiterbewegung zu dienen. Sie war bestrebt, der von ihr übernommenen Verpflichtung nachzukommen, indem sie die Sektionen in zwei Konferenzen versammelte, die in Amsterdam (20.-29. April) und in Luzern (1.-10. August 1919) stattfanden.

In Luzern wurde die Einberufung eines allgemeinen Kongresses nach Genf beschlossen, und zwar mit Zustimmung aller Sektionen, einschließlich jener, die sich seither von unserer Organisation abgetrennt haben. Der Kongress war ursprünglich für Februar 1920 geplant. Auf den Antrag der österreichischen sozialdemokratischen Partei und im Interesse des verfolzten Sozialismus selbst wurde der Zeitpunkt des Kongresses auf den 31. Juli und die folgenden Tage verschoben. An diesem Zeitpunkt hielt die Rotterdamer Konferenz (23. März 1920) endgültig fest.

Der Ariea, der die Menschheit, Parteien und Dinge in Verwirrung brachte, hat zugleich auch allen Arbeiterbewegungen die Notwendigkeit eines besser organisierten

gemeinschaftlichen Vorgehens drastisch nahegelegt. Er hat ihnen die Gefahren uneiniger und zerplitterter Aktionen vor Augen geführt. Die Lage nach dem Kriege erfordert gemeinsame Tätigkeit, und jede Abweichung davon bringt mit sich die Gefahr, daß Grundsätze und Verbindlichkeiten, die auf den großen Tagungen der internationalen Bewegung festgesetzt wurden, beiseite geschoben werden. Und doch muß es eine der wesentlichen Aufgaben der Internationale sein, ihre Aktion zu disziplinieren.

Je mehr aber die Internationale von ihren Teilorganisationen eine Verständigung über zu unternehmende Aktionen auf der Grundlage der von ihr festgelegten allgemeinen Prinzipien verlangen wird, um so mehr wird es auch ihre Pflicht sein, den Lebensverhältnissen und der politischen Entwicklungskurve ihrer Sektionen Rechnung zu tragen. Um so mehr muß es auch den Sektionen überlassen bleiben, die täglichen Aktionsmethoden anzuwenden, die ihrer Ansicht nach am besten geeignet sind, die gesellschaftliche Umwälzung, das kollektivistische oder kommunistische System, das sie gleich der ganzen Internationale anstrebt, herbeizuführen.

Diese breite Zusammenfassung, die von aller Politik der Isolierung, des Ausschlusses und der Spaltung entfernt sein muß, scheint uns gegenwärtig wesentlich für den Bestand der Internationale. Sie muß recht eigentlich die Grundlage des gewünschten Wiederaufbaus und der Vereinigung aller sozialistischen und proletarischen Elemente der Welt bilden.

In diesem Geiste wird der Genfer Kongress an die sozialistischen, politischen und wirtschaftlichen Probleme heranzutreten haben, die sich ihm aufdrängen werden.

Auf welchem Wege soll der Sozialismus die Eroberungen der Revolution und die gesellschaftliche Umwälzung selber sichern und festigen? Soll es durch die Methode der Mehrheitsparteien geschehen, durch die Umwandlung der evolutionären politischen Demokratie in die soziale Demokratie, worin die Hegemonie des Proletariats zum Siege gelangt? Oder soll es durch die Methode der Diktatur einer Minderheit erreicht werden? Wie wird die konstruktive soziale Organisation geregelt werden in ihrer Anwendung auf die Erzeugung und die Verteilung des Reichtums? Wie ist die Sozialisierung, die den kapitalistischen Gewinn ausschalten muß, durchzuführen unter der demokratischen Kontrolle und Leitung der Gewerkschaften, Genossenschaften, Arbeiterräte, Betriebsräte? Dies sind einige der Fragen, deren Diskussion auf einem allgemeinen Kongress wir unternommen haben, auf dem unser Standpunkt zur Frage des politischen Systems des Sozialismus festgelegt werden soll.

Ferner wird der Genfer Kongress die positive Politik zu prüfen haben, die die Internationale in bezug auf die internationalen auswärtigen Beziehungen zu befolgen hat. Er wird sich darüber äußern müssen, wie die Arbeiterklasse dem Völkerbunde, den die Regierungen und die Bourgeoisie weder Kraft noch Leben zu geben vermögen, Leben einflößen soll, sowohl um den Weltfrieden und damit die Freiheit aller Völker, groß und klein, zu sichern, und um den Güterausgleich zu organisieren, der den Völkern die Möglichkeit bietet, das Unglück und Elend des Krieges wieder gut zu machen.

Indem die Internationale diese großen Probleme untersucht, will sie zugleich auch das Problem der Einigkeit der Arbeiterbewegung in Gang der Lösung entgegenführen.

Überzeugt von der Notwendigkeit einer großen Anstrengung, und auf der Basis der traditionellen Grundsätze des proletarischen Klassenkampfes und im Hinblick auf die internationale Aktion, die Einigkeit zu sichern, entschlossen, jeden Ausschluß, jede Spaltung oder Zersplitterung zu vermeiden, wodurch mehrere Internationale, und somit in Wirklichkeit keine Internationale ausgerufen würde, und so eine Quelle der Kraft in eine Quelle der Schwäche verwandelt, laden wir Sie ein, dem Genfer Kongress beizuwohnen. Wir laden zu diesem Kongress nicht nur die angeschlossenen Sektionen ein, sondern auch alle anderen Organisationen, die von diesem Willen zur Einigkeit befehl sind.

Um die Anwesenheit dieser letzteren Organisationen zu erleichtern, hat die Rotterdamer Konferenz beschlossen, auch nicht angeschlossene Organisationen, die es wünschen, in beratender Eigenschaft zur Teilnahme an den Debatten zuzulassen, und ihnen so zu gestatten, sich ihre spätere Entscheidung freizubehalten.

Wir sind überzeugt, mit diesen Maßnahmen in einer Weise zu handeln, die am besten geeignet ist, alle sozialistischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisa-

tionen der Arbeiterklasse der ganzen Welt, die unsere allgemeinen Grundsätze anerkennen, wieder zusammenzubringen.

Unter diesen Umständen dürfte für keine Sektion Anlaß vorliegen, sich von den Auseinandersetzungen und von der Klärung, die der Genfer Kongress bringen wird, fernzuhalten. Wenn diese Bemühungen die erstrebte Einigkeit nicht erreichen sollten, so wird wenigstens ein jeder seine Verantwortung am besten Tage vor den Arbeitern der ganzen Welt auf sich genommen haben.

Wir lenken Ihre Aufmerksamkeit auf die folgenden Bestimmungen des Kongress-Reglements:

a) Jeder nationalen Sektion steht das Recht zu, den Kongress mit mindestens 6 Delegierten zu bezeichnen, aber mit höchstens so vielen, als der doppelten Zahl der ihr vom Internationalen Rat für das laufende Jahr zugesprochenen Stimmen entspricht.

Wir erinnern daran, daß die Stimmen der Sektionen nach der folgenden Skala, die von der Berner Konferenz provisorisch festgesetzt worden ist, verteilt werden:

- 30 Stimmen: Deutschland, Vereinigte Staaten, Frankreich, Großbritannien, Rußland; 24 Stimmen: Italien; 15 Stimmen: Australien, Oesterreich, Belgien, Schweden, Dänemark, Ukraine; 12 Stimmen: Argentinien; 10 Stimmen: Dänemark, Holland, Ungarn, Polen, Schweiz; 8 Stimmen: Finnland, Norwegen, Südslawien; 6 Stimmen: Südafrika, Bulgarien, Spanien; 4 Stimmen: Armenien, Kanada, Georgien, Litauen, Palästina; 3 Stimmen: Griechenland; 2 Stimmen: Bolivien, Chile, Estland, Irland, Lettland, Peru, Portugal, Rumänien; 1 Stimme: Luxemburg.

Die Namen der Delegierten für den Genfer Kongress und der Betrag ihrer Kongresskosten müssen mindestens einen Monat vor Abhaltung des Kongresses im Besitz des Internationalen Sekretärs sein, also vor dem 1. Juli 1920. Ihre Mandate werden vom Internationalen Rat überprüft, der sich zu diesem Zweck am Vorabend des Kongresses versammelt und darüber Bericht erstattet.

Die nationalen Sektionen können sich auf dem Kongress nicht durch Mitglieder anderer Sektionen vertreten lassen.

Eine angeschlossene nationale Sektion, die mit ihren Beträgen für die dem Kongress vorangehenden Jahre im Rückstand ist, wird nicht zum Kongress zugelassen.

Gleichzeitig mit dem allgemeinen Kongress wird organisiert:

a) eine Konferenz von parlamentarischen Sozialistenvertretungen und parlamentarischen Arbeitergruppen zu dem Zweck, eine permanente Kommission von parlamentarischen Sozialisten- und Arbeitergruppen zu bilden. Diese Kommission wird die Frage studieren, wie sich gemeinschaftliches Handeln zwischen den parlamentarischen Gruppen der verschiedenen Länder durch den Austausch von Nachrichten und durch das Studium gemeinsamer Interessen beanspruchender Fragen am besten erzielen ließe. Endlich wird sie Richtlinien für die allgemeinen Maßnahmen zu geben haben, die geeignet sind, einen Ausgleich herbeizuführen;

b) eine Presse-Konferenz, deren Aufgabe es namentlich sein wird, die Frage der Schaffung einer internationalen Telegraphenagentur zu untersuchen. Wir bitten die sozialistische und Arbeiterpresse, dem vorliegenden Rundschreiben die größtmögliche Verbreitung zu sichern.

Brüssel, Volkshaus, 10. April 1920.

Mit brüderlichen Grüßen

Camille Huysmans, Sekretär der Arbeiter- und Sozialisten-Internationale.

Manifest der englischen Arbeiterpartei.

London, 22. April. [SR.] Der Ausschuss der Arbeiterpartei veröffentlicht ein Manifest für die Gründung einer internationalen Organisation, in welcher nicht nur die Arbeiter, sondern auch die ehemaligen Gegner vertreten sein dürfen. Diese Organisation bezweckt die Konsolidierung der internationalen wirtschaftlichen Lage und wird sich weiter mit der Beseitigung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten befassen. Diese Organisation soll unter dem Schutz des Völkerbundes gestellt werden.

Bredereck verhaftet!

Der Abteilung Ia des Polizei-Präsidentiums ist es gelungen, den früheren Rechtsanwalt Bredereck, der wegen Teilnahme an dem Rapp-Putsch verhaftet wurde, zu ermitteln und festzunehmen. Die Abteilung Ia, der die Verfolgung der Putschisten obliegt, erfuhr gestern, daß sich Bredereck in der Gegend von Potsdam aufhalten sollte. Sie sandte dorthin sofort Beamte aus. Diese ermittelten nun gestern Abend, daß sich Bredereck unter falschem Namen in Gellnow bei Potsdam auf der Bergmeierei aufhielt. Sie trafen ihn dort auch an und verhafteten ihn. Der Verhaftete wurde zunächst nach Potsdam gebracht. Gleich beim ersten Verhör gab er an, daß er der Gesuchte sei. Nach dem Verhör wurde Bredereck sofort nach Berlin gebracht. Die Abteilung Ia benachrichtigte von der Verhaftung unverzüglich den Untersuchungsrichter des Reichsgerichts und fragte an, was mit Bredereck geschehen solle.

In Bredereck hat man sich zwar nicht des politischen oder militärischen Hauptes der Märzverchwörung bemächtigt, war er doch nur ein ausführendes und bereitwilliges Organ der Rapp und Lüttich, immerhin aber ist seine Verhaftung außerordentlich zu begrüßen. Durch die Bereitwilligkeit, mit der der Verbrecher, dessen Vergangenheit bekanntlich zahllose Verbrechen aufweist, die vom Strafgesetzbuch als gemeine Verbrechen gebrandmarkt werden —, sich als „Pressechef“ der „neuen Regierung“ zur Verfügung stellte, ist hinreichend geeignet, den Zustand des Hochverrats zu erfüllen. Wir hoffen, daß es dieses Mal für Bredereck keine Lücke gibt, durch die er — gewissen militärischen Vorbildern folgend — den Maschen des Gesetzes entkomme. Es gibt keine Strafe, die schwer genug ist, als gerechte Sühne für das ungeheure Verbrechen, das Bredereck und Genossen über das deutsche Volk heraufbeschworen haben, zu gelten. Deshalb muß die Handhabe, die das Gesetz gewährt, frei von jeder Sentimentalität benutzt werden. Die Angelegenheit kommt vor das Reichsgericht, wo Herr Bredereck hoffentlich seinen Heilsehensverwandten des Herrn Landgerichtsdirektors Baumhals als Richter finden wird.

Eine Berliner Lokalkorrespondenz meldet hierzu noch folgendes: Wie wir weiter erfahren, hatte Bredereck sich in Gellnow seit etwa 8 Wochen einquartiert. Bredereck zeigte bei der Annäherung bei dem dortigen Landwirt einen Meißelpfah vor, der auf den Namen eines Ingenieurs Schuldig (1 Die Red.) lautete und der die genauen Personalien des B. aufwies. Offenbar ist dieser Pfah gefälscht worden. Seinen Wirkweiser erzählte er, daß er nervenkrank sei und sich in dem Dorf erholen wolle. Die sehr lebhaft korrespondenz suchte er damit zu begründen, daß er gegenwärtig Stellung suche und sich an Behörden usw. gewandt habe, um Arbeitsmöglichkeit zu erhalten. Bredereck machte häufig Aussagen nach Potsdam, wie er sagte, doch hat er sich wahrscheinlich von dort, um die Spuren zu verwischen, nach Berlin begeben. Bei seiner Festnahme war Bredereck im Besitz von mehreren Tausend Reichsmark. Bredereck versuchte den Beamten gegenüber einfang zu legen und berief sich auf seine Legitimation.

Seedts umgekehrte Säuberung.

Zu der Verurteilung des Major v. Gilsa erfahren wir von unterrichteter Seite: Schon nach seiner Rückkehr aus Stuttgart wurde Herr v. Gilsa vom General v. Seede so scharf und verlegend behandelt, daß er sich beim Minister hierüber beschwerte. Die Animosität des Generals v. Seede gegen Major v. Gilsa dürfte nicht ohne Zusammenhang mit der Tatsache sein, daß Herr v. Gilsa Augen- und Ohrenzeuge eines wenig rühmlichen Verhaltens des Generals v. Seede gewesen ist. Es handelt sich um jene denkwürdige Besprechung Noskes mit den Generalen seines Stabes seiner Umgebung in der Nacht vom 12. zum 13. März, als Noske die Generale dringend aufforderte, gegen die Meuterer mit Waffengewalt vorzugehen. Bekanntlich erklärten sich hierzu nur der General

Reinhard und Major v. Gilsa bereit, während alle übrigen, darunter auch General v. Seede ein bewaffnetes Vorgehen verweigerten. General v. Seede kann es Major v. Gilsa scheinbar nicht verzeihen, daß dieser sich treuer bewährt hat, aber das ist schließlich nicht die Schuld von Major v. Gilsa. Dem ersten Austritt zwischen Seede und Gilsa folgten mehrere Reiserien, die nun zur Verurteilung Gilsas geführt haben. (An der persönlichen Treue Gilsas sind nach unserer Ansicht auf Grund seines Verhaltens in der kritischen Stunde Zweifel schließlich unstatthaft. Den sachlichen Kurs, zu dem er Noske mitgedrängt hat und den er auch jetzt fortsetzen wollte, haben wir stets als unheilvoll bekämpft. Aber da die Verabschiedung Gilsas von der rechten, nicht von der linken Seite erfolgt, können wir sie nicht begrüssen. Red.)

Gilsa ist nicht der einzige seines Schicksals. Die wenigen Offiziere im Reichswehrministerium, die sich am 13. März als unbedingt zuverlässig erwiesen haben, sind restlos festgelegt, außer Major v. Gilsa sind der Hauptmann Sahn und der Hauptmann Friedrich sowie der Zivilreferent Kausch in Urlaub geschickt worden. Im Reichswehrministerium befinden sich jetzt nur die Leute, die zwar nach ihren Erklärungen auf dem Boden der alten Regierung gestanden haben, aber praktisch bestrebt waren, den Rapp und Lüttich goldene Brücken zu bauen und keinesfalls Gewalt gegen sie anzuwenden wollten. General Reinhard ist auf Inspektionsreisen geschickt worden, bei denen er nicht mehr als die Außenseite der Truppen zu sehen bekommt. Mit diesen Reisen ist sein Einfluß im Reichswehrministerium jedenfalls ausgeschaltet.

Nach alledem muß an die Regierung und an den Reichswehrminister die erneute Frage gestellt werden, ob sie dieser Entwicklung im Reichswehrministerium und dem Schicksal des Generals v. Seede weiter untätig zusehen wollen?

Für Einigkeit und Grundsatztreue!

Eine Gruppe von Berliner Parteigenossen, die man die Opposition nennt, und die sich wohl selber so bezeichnet, litt bisher unter dem Gefühl, ihre Ansichten nicht recht zur Geltung bringen zu können. Es war daher ein glücklicher Gedanke, einem Wortführer dieser Gruppe, den Genossen Dr. Köllig, das Referat in der gestrigen Funktionärversammlung zu übertragen und auf diese Weise einen gründlichen Austausch der vorhandenen Meinungsverschiedenheiten zu ermöglichen. Auch in der Diskussion kam die Gruppe ausführlich zu Worte, die Anhänger der in der Partei vorherrschenden Auffassung beschränkten sich auf kurze Erwidrerungen. Wenn es nun trotzdem dem Genossen Dr. Köllig nicht gelang, die von ihm vorgeschlagene Resolution zur Annahme zu bringen, vielmehr die in der Diskussion nur ganz kurz begründete Resolution Stampfer-Krüger mit sehr großer Mehrheit angenommen wurde, so dürfte das bei der Minderheit zur Erkenntnis beitragen, daß es nicht an irgendeinem „Unterdrückungssystem“ liegt, wenn ihre Ansichten nicht zur Geltung gelangten, sondern vielmehr doch an ihren Ansichten selbst.

Die Debatte hat gezeigt, daß die Parteigenossen der Minderheit und der Mehrheit in vielen politischen Fragen und insbesondere in ihren Empfindungen durchaus einig sind. Man hat keine Freude an der Koalition, man hegt das lebhafteste Verlangen, durch die Wahlen aus ihr herauszukommen, man möchte die zahlreichen Hemmnisse, die sich einer vollständigen Arbeiterpolitik entgegenstellen, beseitigt sehen, man wünscht einen zielklaren, entschlossenen Kurs. Zu diesem Zweck und um den Kampf gegen rechts mit aller Kraft führen zu können, möchte man gerne die einzigen Reibungen mit den Unabhängigen durch eine verständnisvolle gegenseitige Unterstützung erledigt sehen. Das sind die Dinge, über die man sich durchaus einig ist.

Die Meinungen gehen auseinander in der Frage, wie man dazu kommt und wie man das macht. Und da hat sich die Situation, in der gestrigen Versammlung so gestaltet, daß

sich die Minderheit bereit zeigte, ein Zusammengehen mit den Unabhängigen auch zu ermöglichen auf Kosten des demokratischen Prinzips. Die Mehrheit verhielt sich jedoch gegenüber dieser Anregung entschieden ablehnend. In der angenommenen Resolution sprechen die Berliner Parteigenossen ihre Bereitschaft aus, sich mit den Unabhängigen zu einigen zur Durchsetzung einer reinen demokratischen und sozialistischen Politik unter Ablehnung jeder Diktatur. In der Debatte fand Genosse Krüger die klare Formel, die Sozialdemokratie erstrebe nicht die Diktatur der Arbeiterklasse, sondern ihre Mehrheits Herrschaft.

Es wäre auch nicht einzusehen, wozu wir uns noch um die Wahlen bemühen, wenn wir nicht das Ziel verfolgten, die Mehrheit zu gewinnen und dadurch die Hemmnisse, die sich unserer Politik entgegenstellen, auszuhebeln.

Die Funktionärversammlung hat klare Bahn geschaffen. Wir werden im Wahlkampf für unsere Grundzüge wirken und durch sie für die Einigung der Arbeiterklasse.

In der gestrigen Funktionärkonferenz wurden, wie schon in der vorherigen Funktionärkonferenz von den Genossen Köllig und Ramulla gegen unser Redaktionsmitglied Gen. Kuttner Anschuldigungen des Inhalts erhoben, daß er sich in den Tagen des Rapp-Lüttich-Putsches gedrückt und gefährliche Arbeit gescheut habe. In einer persönlichen Erwidrerung wies Gen. Kuttner diese Behauptung als haltlose Verleumdung zurück. Köllig richtete darauf einen weiteren Angriff gegen Gen. Kuttner, der jetzt in der Korrespondenz Sochagetski folgendermaßen dargestellt und verbreitet wird:

Dr. Köllig berichtete über ein Erlebnis im Republikanischen Führerbund und gab bekannt, daß während der Tage des Rapp-Lüttich-Putsches Herr Kuttner zu einer Zusammenkunft des republikanischen Führerbundes gekommen, eine Anzahl Hundertmännchen vorgezeigt und dabei erklärt habe: „Hier haben wir Geld; das habe ich von S. I. L. G. bekommen.“ Die Anwesenden hätten hierauf erklärt, daß sie mit S. I. L. G. Geld nichts zu tun haben wollten und lieber dem Republikanischen Führerbund den Rücken stehen wollten. Sie seien nicht gekommen, sich auf diese Weise fürrummeln zu lassen. Nachher Kuttner konnte sich anfangs auf diese Angelegenheit überhaupt nicht besinnen und behauptete, Dr. Köllig müsse diesen Vorfall geträumt haben. Schließlich setzten sich im Verlauf dieses persönlichen Wortgesprächs Dr. Köllig Zeugen zur Verfügung, welche bei dieser Sitzung des Republikanischen Führerbundes zugegen waren, und so wurde die Darstellung Dr. Köllig einwandfrei festgestellt.

Diese Darstellung ist wahrheitswidrig. Sofort nach den Worten des Dr. Köllig kam der von Köllig als Zeuge benannte Genosse Witte zu Kuttner und erklärte ihm aus freiem Antriebe, daß die Behauptung von Köllig un wahr sei. Kuttner rief den neben ihm stehenden Genossen Wuschel als Zeugen herbei, demgegenüber Witte seine Aussage wiederholte. Auf die Aufforderung Kuttners tat er dies auch noch einmal vom Podium der Versammlung aus. Weitere Zeugen wurden von Köllig nicht namhaft gemacht.

Unterbringung ausgewiesener Beamten.

Unter der Überschrift „Was die Republik den Beamten zu bieten mag!“ bespricht sich die „Deutsche Tageszeitung“ darüber, daß die 25 000 aus den abgetretenen Gebieten abberufenen Beamten mit ihren Familien von der Regierung in Konzentrationenlager eingesperrt würden und daß die Regierung sich nicht um ihre Unterbringung kümmere.

Wir können der „Deutschen Tageszeitung“ zu ihrer Berührung mitteilen, daß die Regierung sehr ernsthaft darauf bemüht ist, diesen Beamten ein menschenwürdiges Quartier zu schaffen. Sie ist entschlossen, zur Erreichung dieses Zweckes nötigenfalls das Mittel der Zwangsquartierung anzuwenden und hat dabei namentlich die Unterbringung der Beamten auf den Herrschaften der großen Güter im Auge, wo ja heute noch trotz der Wohnungsnot ein kolossales Wohnungsüberschuß getrieben wird und große stattliche Wohngebäude der Unterbringung einer einzigen, oft sehr kleinen Familie dienen. Wir nehmen an, daß diese Maßnahme den ungeteilten Beifall der „Deutschen Tageszeitung“ und ihres Leserkreises finden wird.

„Himmel und Hölle“ von Paul Kornfeld.

Deutsches Theater.

Ein junger Dichter entdeckt einen Arminiofall, der zu den Ereignissen der Kolporage gehört, von neuem. Er fesselt seine Fingerringe in das Alte. Er hat die Ereignisse, die ihn fesseln, mit dem Reichum seiner starken Bilder und Reden aus. Er ist überladen mit Worten und Beobachtungen, die rückwärts führen zu Erweisen und Erklären eines geschändeten Totens. Die Wiener von 1900, die Träger von 1910, sie alle Gefährten zum Aufbau des deutschen Sprachschubens, sofern es ein romanisch heiterer Aufstieg sein soll, sind keine Lehrer. Kornfeld hat in die Reihe ein als ein Schöpfung und als ein erzählend Beschreibender. Drei Frauen sollen den Inhalt seines Gedichtes tragen. Er hat das Glück, daß bewundernswürdige Künstlerinnen ihm helfen, seinen Wortreichtum, der häufig nur eine Stagnation der Gehirnsorgkraft verleiht, an den Tag zu bringen.

Das Hauptstück — selbst der Großschönheitstheppescomen hätte sich vor solchem Namen gescheut — das Ungeheuer geht zu zwei Frauen, zu Beate, der Gräfin, zu Marie, der Dirne. Seine Stellung zu Leben und from H von dem jungen fuchenden Toten ins Sträubergische eingereicht. Er hat Beate, die Reine, er hat die Marie, der vielmal Unlauteren. Während die Marie und Beate nicht gelöst werden können, weil er der Angebeteten und der Beschäftigten gleichmäßig verfallen ist, geschieden drei Tragödien. Das Ungeheuer — dieser gräßliche Kolporagenes! — wird sich aus seiner Abteilung gewohnlich fortziehen. Denn er gelangt zu seinem Glück bei der Gräfin. Er hat, aber er hat sich selber zurück, er will selber zurückgefallen sein. Er will Marie, die Dirne, in sein Haus führen, damit sie die Reinheit Beate verleiht. Der Gedanke mißlingt, wie er im Großschönheit, in der Schmuckkammer und im Vorbildbecker mißlingen muß. Beate und Marie gesehen sich die Leid, ihre Vergangenheit. Noch niemals haben zwei erhabene Schauspielerinnen, Anna Lossen, Beate, Frau Strauß, die Dirne Marie, ein dilettantisches Augenpaar so vollkommen in den Besitz der hoch stehenden Tragik hineingeführt. Der Dichter vergeht sich in Herabsetzung vor ihnen! Beate nicht, hat gedanklich voll den Gedanken, der Dichter. Sie weiß eben nicht, wozu sie Gefährt ferner. Sie weiß nicht, daß eine alte Lebensgeschichte, die Texte zum Anhalt Pommers H. Und als sie die Tochter nicht mehr findet, die der ihre Pommerschaft verabschiedet hat, sagt sich der Tragödienkomponist der Gräfin, die Pommersche Hande zum Bewusstsein ausbreitet. Selber schreiben diese zu erweisen Hände das Leben der Tochter. Der Untersuchungsrichter tritt auf. Die Untersuchungen mühen weiter, sie mühen wie ein Schichten des gewainen, spezialisierten Kolporageneschmeckers. Sie mühen mit der vorwärtigen und hinterwärts Inbrunst des Hingangs, der in jüngerer Zeit alle Quellen der Menschheit aufzudecken will. Kornfeld kommt zwischen diesen Reaktionen und Seiten. Das Ungeheuer will die Schuld des Mordes auf sich laden. Beide Frauen mühen um diese Zeit. Sehr schön, mit einem Wortreichtum, der seine Reingehalt

meist verhält, der noch nicht Gefährtes jederseits anhängt. Die Spur des Hochgehabten wird sichtbar. Richter, Schergen, Volk, Helfer glauben eher der Dirne als der Gräfin. Maria wird an den Götzen kommen. Noch niemals hat eine Heldin so schön, so wahr, so persönlich den Richtern, den Schergen und dem Volk zugesprochen: „Mühe mir den Bunde runter!“ wie es Frau Strauß, die Dirne, tut. Ich, wenn der Dichter bei der erschütternden, einfachen Tragödie dieses Auftrages hätte bleiben können! Er ist ein schöpfung, mandant aus dem Himmelschen Schöpfungswandel Schöpfung Jungmann der Himmelschen Gräfin von 1910. Das er seiner Dirne eine große Rolle, eine Entzweite, eine männlich Liebende, der fähig ist, einen Mord zu begehen, damit sie mit der angebeteten Ständegenossin eines gemeinsamen Herdendobes stirbt, ist die Gründung eines schulerfahrenen Eheraten. Auguste Funke war die nämlich Irrende Dirne. Welche Kraft! Alle drei Frauen seien hoch gelobt.

Es bleibt außerdem in dieser Tragödie undantwoyrt, es ist hunderterteil in ihr entleert. Warum Gatte, Gattin und Tochter sich lieben, lassen, trennen, mochen und wieder heisch zusammenfetzen, ist mir mit Worten gesagt. Paul Kornfeld darf trotzdem nicht belächelt werden. Die Byzantiner, die im noch vor den eigenen Vorhang lösen wollten, hatten ebenso unecht, wie das Gedächtnis der Hausknecht- und Koopfermusikanten, das mit den allzu hübschen, allzu tollstündigen Erfolgskräftlern am Parkangeloch einen verlegentlichsten Kampf und Skandal ansetzte. Fabel auf der Galerie, Fabel im Parkett. Sie treten alle beide einem Dichter unecht, dessen schöne Treue zu stürzter Gefährten wertvoll ist, dessen krank Gefährlichkeit noch keineswegs der Genialität gleichkommt. Max Dohdori.

Das Babienesperanto. Das richtige Esperanto ist eine immer nicht leicht zu erlernende Sprache, und so bleibt für Reisende, die die Schöpfung des Dr. Zamenhof nicht verstehen und deren Kenntnis auch nicht bei den anderen voraussetzen können, auch weiterhin die Schwierigkeit der Verständigung. Um dem abzuhelfen, macht ein Mitglied des „Touring Club de France“ in der Zeitschrift dieses Vereins einen neuartigen Vorschlag. „Warum sollten wir nicht in Vermengung einer künstlichen internationalen Sprache“, so schreibt er, „und der Zahlen begeben? Es würde eine etwas primitive Art sein, aber durchaus vorzuziehen der Unmöglichkeit der Verständigung, die heute für den der Landesprache Unkundigen besteht. Warum sollte in allen Ländern, in denen die arabischen Zahlen gebraucht werden, z. B. die Zahl 1 nicht Wort bedeuten? Die Zahl 2 Wasser, die Zahl 3 Milch die Zahl 4 Ei? Eine Festlegung von 500 Zeichen zur Bezeichnung der wichtigsten Ausdrücke würde genügen, um die Mehrzahl der notwendigen Fragen und Antworten im gewöhnlichen Leben auszubringen. So könnte z. B. 08 bedeuten: „Ich bitte um einen Rest“ und 09: „Bitte, rufen Sie mir meine Schube.“ Natürlich mühten die wichtigsten Länder sich in dieser Richtung einigen, und die Angehörigen der großen Verkehrscentren mühten in diesem Babienesperanto beizulegen sein. Es siche sich auch so machen, daß jedes Land die Bedeutung der betreffenden Zahl in seiner Sprache festsetzt und dann diesen in den Zahlen, an den Eisenbahnen, in den Reiseführern usw. veröffent-

licht. Die Durchführung dieser Maßnahme würde weder sehr schwierig noch sehr kostspielig sein, und welchen Nutzen, welche Zweckmäßigkeit würde diese neue Form der Verständigung den Reisenden gewähren? Eine Möglichkeit der internationalen Verständigung wäre dadurch gewährleistet — wenigstens für die Reisenden!“

So bestehend dieser Vorschlag auch klingt, so dürfte er doch auch manche Möglichkeiten des Mißverständnisses enthalten. Wenn man z. B. 44 auf einen Fettel schreibt und ihm kein Reiner überlegt, wodurch vier Eier bestellt werden sollen, so wäre es doch nicht ausgeschlossen, daß man statt dessen den Tagesertrag einer kleinen Fühnerfarm erhält.

Professor Schwahn, der Direktor der Gesellschaft Urania, ist am 10. d. M. nach langem schweren Leiden verstorben. Der Verstorbenen gehört seit Gründung dem Institut an und hat durch sein ardigentes Wissen, namentlich auf astronomischem und geologischem Gebiet, und durch seine Gabe, diese spärlichen Wissenschaften weiten Kreisen in gemeinverständlich populärer Darstellung nahezubringen, in weite Kreise Belehrung und Anregung getragen.

Hilfskünstler. Eine Berliner Filmgesellschaft macht die Mitteilung, daß sie ein Schloss im Stil des 18. Jahrhunderts in der Nähe Berlins zu Filmaufnahmen hat errichten lassen. Es ist nicht bloß ein Possambau, sondern es sind auch bewohnbare Innenräume darin. — Bei der herrschenden Bauhottot ist wirklich nicht ersichtlich, warum die vielen unbenuhten ehemals königlichen Schlösser für solche Zwecke nicht herangezogen werden. Das wäre doch eine Royalarbeit, sie irgendwie nutzbar zu machen. Oder gebietet der Respekt vor den Bewohnenden, daß auch ihre allerhöchsten Räume nie wieder von gewöhnlichen Sterblichen benutzt werden?

Marsignale? Ein Versuch, dem Mars Signale zukommen zu lassen und zugleich festzustellen, ob Tomellen oder irgendwelche anderen Zeichen von einem anderen Planeten bei uns aufgenommen werden können, ist von dem amerikanischen Professor Dade Todt ausgedacht worden. Todt bediente sich eines Freiballons, der bis zu einer Höhe von 50 000 Fuß emporsteigen soll. Der Aufstieg erfolgt von dem Fort Omaha in Nebraska aus. Der Gelehrte hat in der mühevollen Arbeit mehrerer Jahre einen besonderen Registrierapparat konstruiert, durch den Einflüsse der atmosphärischen Wellen hindert werden können, wenn der Ballon zur Erde zurückkehrt. Aber bisher hat weder er noch jemand andere Marsignale feststellen können.

Im Leistung-Theater 1911 die heutige Vorstellung wegen der Vorbereitung zu der Neuauflage von „Franz Schrenk Gervaise“ aus.

Aus dem Berliner Museum für Völkerverständigung. Im Museum für Völkerverständigung ist neben den bisherigen regionalen größeren Völkerverständigung eine eigene entwicklungsgeschichtliche Abteilung und ein ethnologisches Museum und Lehrinstitut errichtet worden. Beide leitet Professor D. Cunow.

Kunstchronik. Am Graphischen Institut R. B. Neumann, Berlin, Kurfürstendamm 300, findet im Mai eine Ausstellung des Arbeitsrats für Kunst „Neues Bauen“ statt. In gleicher Zeit erscheint die zweite Veröffentlichung des Arbeitsrates für Kunst „Kunst zum Bauen“.

Das bolschewistische Kaleidoskop.

Die neugegründete Partei links vom Spartakusbund hat keinen guten Stern. Ihr Besuch um Aufnahme in die Internationale dritter Güte ist — wie die „Kote Fahne“ frohlockend mitteilt — abschlägig beschieden worden. Aus folgender Gründen:

- Das Westeuropäische Sekretariat der Kommunistischen Internationale stellt fest: Die Haltung der „Kommunistischen Arbeiterpartei“ in den vergangenen Wochen war folgende: 1. Sie hat die Verbindung mit den Kappoffizieren hergestellt und dadurch die Gefahr von Losspitzeln provozierter Putsch hervorgehoben. 2. Sie hat in Verbindung mit diesen Kappoffizieren wiederum Konzeptionen an den Nationalbolschewismus gemacht und hat diesem Nationalbolschewismus auch weiter dadurch Vorschub geleistet, daß sie die durch ihren Nationalbolschewismus bekannten Gruppen in ihre Reihen aufgenommen hat. 3. Sie vertritt den individuellen Terror und die individuelle Sabotage. 4. Sie sieht ihre vermeintliche Aufgabe in der Bekämpfung der kommunistischen Internationale angehörenden kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) mit allen, auch terroristischen Mitteln.

Jetzt wird den Kappisten nichts anderes übrig bleiben, als das Westeuropäische Sekretariat für eine von der Bourgeoisie bestochene Einrichtung zu erklären, die mit den Kappisten unter Jubelannahme von Kappisten in die gleiche terroristische Pfanne zu hauen ist.

Kedensarten statt Beweise.

Kommunistische Lösungsvorschläge zur Schuldentilgung.

In einem sehr „geistreich“ mit „Wirtschaft“ überschriebenen Leitartikel setzt sich die „Kote Fahne“, Zentralorgan der K. P. D., mit Deutschlands gegenwärtiger schwieriger Wirtschaftslage auseinander. Wenn sie dem kapitalistischen System als solchen die Schuld für unsern Zusammenbruch zuschreibt, so können wir ihr hierin nur vollkommen zustimmen. Auch die Konsequenz, daß nur eine sozialistische Wirtschaftsordnung imstande sei, die Fehler und Unzulänglichkeiten der kapitalistischen Ökonomie zu beseitigen, können wir nur unterschreiben. Wünschenswert ist dagegen die Behauptung, daß ein nach bolschewistischem Muster gehaltenes Wädesystem imstande wäre, unsere Lage zu verbessern. Von einer scheinbaren Einsicht zeugen folgende Worte des kommunistischen Wortes:

Wieweit die kommunistische Wirtschaft die Schuldansprüche der Entente wird abschütteln können, das wird abhängen von der Entwicklung der Machtverhältnisse.

Ganz recht! Aber wir brauchen ja gar nicht der kommunistischen Empfehlung, in dieser an Krisen ohnehin reichen Zeit Experimente anzustellen, nachzukommen. Die Machtverhältnisse nämlich und ihre Entwicklung lassen sich zu jeder Zeit einwandfrei feststellen; mit Hilfe der Demokratie nämlich! Sie gibt ein getreues Spiegelbild von den Machtverhältnissen und erleichtert hierdurch die Feststellung, wie sich unsere Stellung der Entente gegenüber gestalten wird. Es ist nicht einzusehen, wie ein Sowjetsystem die Schuldansprüche der Entente abschütteln soll, ein System, dessen Machtverhältnisse auch heute noch, wie die „Kote Fahne“ zugeben muß, nicht im entferntesten geklärt ist und infolge Ablehnung der demokratischen Feststellungsmethoden auch gar nicht geklärt werden kann. Doch hierüber setzt sich die „Kote Fahne“ leichtfertig mit den Worten hinweg:

Über wie dem auch sei, die innere Schuld einmal abgeschüttelt und die Wirtschaft befreit von den Fesseln des Kapitalismus, so wird der Fortschritt der Revolution in den Ententeländern den Wechsel der Entente auf die Arbeitskraft Deutschlands Schritt für Schritt abtragen.

Wenigstens und leichtfertiger dürfte wohl selten eine Behauptung aufgestellt worden sein. Mit der Redensart „wie dem auch sei“ will man keine ökonomischen Probleme. Und die apodiktische Behauptung, die innere Schuld abgeschüttelt und die Wirtschaft von den kapitalistischen Fesseln befreit zu haben, ist nicht gleichbedeutend mit der Erfüllung dieser Forderung. Was endlich den Zukunftsweg auf die Weltrevolution, den die „Kote Fahne“ grohmütig ausstellt, betrifft, so dürfte sie hiermit praktisch wohl nicht eine einzige Mark erlangen, um auch nur den geringsten Bruchteil unserer Schuld an die Entente abzutragen.

Ein Kleber.

Ein reaktionärer Major läßt sich nicht entlassen.

Während des Kapp-Putsches war ein Major Steuer in Werks Leiter der Abwärtungstelle Grenadier-Regiments Nr. 6. Nachdem er bei Angehörigen wegen Teilnahme am Generalstreik entlassen hatte, gab er ein Inserat auf:

Angehörige und Arbeiter werden gesucht. Bedingung: Treue zur neuen Regierung.

Die Sache wurde nach Berlin berichtet, und das Herred-Abwärtungamt verfügt, nach Lobens herangezogen werden muß, in kürzester Zeit die Entlassung des künftigen Majors.

Der aber nun glaubte, daß der mutige Major, der sich so offen zur Kapp-Regierung bekannt hatte, erhabenen Hauptes seinen Posten verlassen hätte, der wurde schwer getäuscht. Kein, er blieb einfach Kleben und erklärte ganz froh und bereit, er sei wohl nur noch Major a. D., aber seine Funktion als Leiter der Abwärtungstelle führe er heilhaft weiter aus. Als dies wiederum nach Berlin an die zuständige Stelle berichtet wurde, wurde von dort mitgeteilt, daß es unmöglich sei, diese Angaben zu glauben. Aber es war doch Tatsache. Denn nunmehr erst, nachdem erneut wohl zum dritten Male der Entlassungsbescheid wärscheinlich in verstärktem Tone kam, packte der Major seine sieben Sachen und ging von seiner Stelle, auf der er trotz der Entlassungsbescheide noch 14 Tage weiter betrieblen war.

Die Frechheit der Reaktionäre kann treffender kaum beleuchtet werden. In diese Reihe, die sich nicht von ihrer Futtertröge trennen können, setzen über „Futtertrögenwirtschaft“.

Sieg der Unvernunft.

Von dem Konflikt in der Hamburger U. S. P. hatten wir bereits niederholte ausführliche Mitteilungen gebracht. Wie nunmehr aus Hamburg gemeldet wird, haben die elf gemäßigten Mitglieder der knobensartigen Sozialistischen Fraktion der Bürgererschaft dem Vorstand der Bürgererschaft ihren Rücktritt angezeigt.

Diese Mitglieder der U. S. P. hatten zusammen mit unsern Genossen und den Vertretern der Bürgererschaft eine Einheits-

front gegen Kapp gebildet, die sich jedoch ausdrücklich gegen jede Diktatur wendete. Der nunmehr erfolgte Austritt ist eine Folge der Mißbilligung ihres Verhaltens, das den gemäßigten U.-Sozialisten auf dem Hamburger Bezirkskongreß ausgesprochen wurde.

Polnische Truppen in Oberschlesien.

Wentzen, 22. April. (M.) Zwischen Josephsthal und Wisla sind polnische Truppen, wie einwandfrei festgelegt wurde, eingetroffen. Die Truppen, die 3000 Mann stark sein sollen, tragen nicht die Lechblau, sondern eine neue grünblaue Uniform. Sozial zu erfahren war, sollen die Truppen, die zum größten Teil aus Galizien und Posenern bestehen, vom 17. April bis 3. Mai in dieser Gegend bleiben.

Englands Finanzpolitik.

London, 21. April. (Reuter) Unterhaus. Im Verlauf der Budgetdebatte betonte Chamberlain die Stärke der Finanzlage Englands und hob ferner hervor, daß für das folgende Jahr eine weitere Verminderung der Schulden um 300 Millionen Pfund zu erwägen sei. England sei hierzu imstande, ohne zu außerordentlichen Maßnahmen, wie z. B. einer Kapitalabgabe, seine Zusucht zu nehmen. Chamberlain sagte, daß möglicherweise später eine Abgabe auf die durch den Krieg erworbenen großen Vermögen gelegt würde und wendete sich gegen die von der Arbeiterpartei vorgeschlagene allgemeine Kapitalabgabe, die er als ungerecht bezeichnete.

Die Wahlen in Bayern. Der Ausschuß des bayerischen Landtages hat beschlossen, daß genau so, wie es in der Reichsverfassung festgelegt ist, die Wahlen zum bayerischen Landtag jeweils an einem Sonntag, oder an einem öffentlichen Ruhetag stattfinden sollen.

Die Ausgabe von Freifahrtscheinen für die Reise zur Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen erfolgt durch den Deutschen Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen. Diese Freifahrtscheine gelten aber nur 21 Tage vor und 21 Tage nach der Abstimmung. Alle stimmberechtigten Ost- und Westpreußen, die zu längerem Aufenthalt im Abstimmungsgebiet die Einreise früher antreten wollen, erhalten das Reisegeld dritter Klasse für Hin- und Rückreise erstattet, wenn sie vor Austritt der Reise einen entsprechenden Antrag bei ihrem Heimatbunde oder einer Zweigstelle des Deutschen Schutzbundes stellen und nach Rückkehr nachweisen, daß sie am Tage der Abstimmung in ihrem Geburtsorte anwesend waren.

Preussische Landesversammlung.

125. Sitzung, 22. April.

Präsident Leiner: eröffnet die Sitzung 12,26 Uhr. Das Haus ist sehr schwach besetzt.

Die heute auf der Tagesordnung stehende Beratung der Höchstmietsverordnung wird wegen Teilnahme des Ministers an den Verhandlungen über die Reichsmietsteuer abgesetzt. Das Haus berät zunächst den Gesetzentwurf über die öffentliche Kruppelfürsorge. Bei den Beratungen der Leuzungszulagen werden die Mehrheitsparteien heute nachmittags einen Antrag einbringen, in welchem verlangt wird, daß den Beamten ein Vorschub auf die auf Grund der Besoldungsordnung in Aussicht stehenden Mehrbeträge gewährt wird. Ueber die Form der Vorschubzahlung und die Frage, ob der Vorschub später angerechnet werden soll, stehen die Verhandlungen noch aus.

Groß-Berlin

Der Mord in der Gledischstraße.

Ein Kesse unter Verdacht verhaftet.

Der Mord in der Gledischstraße steht kurz vor seiner Klärung: Unter dem bringenden Verdacht, den Kaufmann Otto Sinner, Gledischstraße 80, ermordet zu haben, ist ein Kesse des Ermordeten, der 20 Jahre alte Schreiber beim Reichsarbeitsministerium Hans Günther Göde vom Juli-May 16 verhaftet worden.

Welche Zeugenvernehmungen im Hause ergaben, daß der Täter ein Bekannter Sinner gewesen sein mußte. Man hatte vor dem Verbrechen gehört, daß bei Sinner geklingelt wurde und daß jemand empfangen wurde. Der sehr vorläufige Sinner ließ aber niemanden ein, der ihm nicht bekannt war. Die Hornemann der Angehörigen lenkte nun den Verdacht auf Göde, der stets in Geldverlegenheiten war. Der junge Mann verließ mit 19 Jahren die höhere Schule, nachdem er das Einschulungszeugnis erworben hatte. Im Kriege zog er sich eine Verwundung am Hinterkopf zu. Aus dem Heide zurückgekehrt, nahm er die Schreiberberufung an. Er liebte es, den Lebemann zu spielen, und kam mit seinem Gelde nie aus, obwohl er von seiner Mutter, die im Potsdam lebte, zu seinem Gehalt noch einen monatlichen Zuschuß von 400 bis 500 M. erhielt. In seinen Verlegenheiten wandte er sich auch öfter an seinen Onkel Sinner. Der Verdacht gegen den jungen Mann wurde noch dadurch verstärkt, daß er einen hellgelben Hut trug und daß er die Zigarette so zu halten pflegte, wie die Zeugen es bei dem mutmaßlichen Täter gesehen haben wollen. Kriminalbeamte begaben sich sofort nach der Wohnung Gödes und fanden diesen in Wette liegend. Er wollte zunächst von nichts wissen. Dabei blieb er auch bei seinem Verbot auf dem Polizeipräsidium. Erst später gab er zu, bei seinem Onkel in der Wohnung gewesen zu sein. Endlich gab er an, daß Sinner's Tod auf ein Unglück zurückzuführen sei. Wegen seiner Heimkehr nach Polen sei er mit seinem Onkel in einem Wortwechsel geraten, der ihn veranlaßte, auf ihn einzuschlagen, als er gerade auf einem Stuhl gestanden habe, um den Brenner der Wassange nachzusehen. So sei Sinner mit dem Stuhl umgefallen und habe sich auf dem Fußboden den Schädel eingeschlagen.

Die verschwindenden Parks und die Arbeiter.

Der Arbeiterausschuß der Parkverwaltung

Die Beschäftigten der Berliner Parkverwaltung stellen mit Befriedigung fest, daß der „Vorwärts“ das einzige Berliner Blatt war, das an der Bekanntmachung der Parkdeputation Kritik übte. Wir unterzeichnen möchten auf diesem Wege gegen die von der Parkdeputation angeführten Gründe (siehe Artikel vom 17. April d. J.) Stellung nehmen. Wenn die Parkdeputation sagt, sie müßte, wie die vorhandenen Anlagen inhandzubalten, noch 200 Arbeiter zu den 1120 Beschäftigten einstellen, so müssen wir das zurückweisen und zwar aus dem Grunde: Ist der Parkdeputation bekannt, daß von den 1120 zurzeit Beschäftigten schon zum 1. Mai mehrere hundert Leute gefündigt sind? Jemandem von der Entlassung Gebrauch gemacht wird, ist wohl noch unbekannt. Best steht, daß man die Zahl der Beschäftigten in den Sommermonaten um einen erheblichen Prozentsatz herabsetzen will. Das könnte nicht zureichend sein, wenn man versucht, die zurzeit bestehenden Plätze zu erhalten und zu pflegen mit den vorhandenen Arbeitskräften; es würden sich da die von der Parkdeputation angeführten 200 Reineinstellungen erübrigen. — Zu den von der Parkdeputation

genannten Plätze, die zur Kostierung kommen sollen, wäre zu bemerken, daß es jedem aufmerksamen Leser aufgefallen sein muß, daß Stam dabei die von den Proletariaten betretenen Stadteviertel am empfindlichsten trifft (Senefelder Garten, Ludwigsplatz, Weberwiese u. a.). Dagegen ist im Westen der Potsdamer Platz genannt, wo, nebenbei gesagt, gar keine Rosenflächen bestehen; ähnlich ist es an der Potsdamer Brücke und den anderen genannten Orten. Wir fragen, weshalb nimmt man dem arbeitenden Volk so wenige Grün in den Straßen des Nordens und Ostens? Man sollte wissen, daß es heute einem Arbeiter mit seiner Familie unmöglich ist, durch die Ueberfüllung und die Teuerung der Verzehsmittel oft in die freie Natur zu gelangen.

Darum bitten auch wir als Ausschußmitglieder auf diesem Wege die Stadtverordnetenversammlung, der Parkdeputation die geringsten Mittel zur Verfügung zu stellen, damit das vorhandene erhalten bleibe. Soll unschliefen möchten wir uns dem, was die Deputation über das Stehen der Pflanzen und Verfüren der Anlagen angeführt hat. Das Publikum möchten wir besonders darum ersuchen, die Parkwächter zu unterstützen und nicht, wie es häufig vorkommt, für die blühende Partei zu nehmen.

Wo gab es die billigen Fische?

Die Berliner Fischhändler-Genossenschaft macht uns zu der im „Vorwärts“ (Nr. 201) ausgeworfenen Frage, wo die von ihr verheißene billige Ware geblieben ist, die tröstliche Mitteilung: Die in Betracht kommenden Kleinhandelsbetriebe haben nachweislich in der fraglichen Zeit Fische zu folgenden Preisen per Pfund verkauft: Flundern von 0,50 M. an, Köhler von 1,50 M. an, Barsch von 2 M. an, Kaviar aufgeschnitten von 3 M. an, Seehe und Wüdinge von 6 M. an.

An dieser Erklärung mögen sich jetzt diejenigen satt lesen, die von den besagten, nach dem heutigen Geldwert (denn „billig“ zu nennenden Fischen nichts abgefragt haben. Der Ausdruck „die in Betracht kommenden Kleinhandelsbetriebe“ läßt darüber schließen, daß die billigen Fische nur in dazu ausgewählten Geschäften festgehalten wurden. Die Genossenschaft schreibt auch, man könne Fische, weil sie noch verderben, nicht so gleichmäßig wie andere Lebensmittel auf ganz Berlin verteilen. Und ist nicht bekannt geworden, daß die Genossenschaft sich bemüht hätte, die ausgetriebenen Geschäfte zur Kenntnis der Bevölkerung zu bringen. Aus ihrer Zusage sagt sie nicht, daß dies geschehen sei. Sie verzögert, künftig bei Zufuhren reichlicher Fänge die danach bemessenen billigeren Preise zu veröffentlichen. Dessenhalb werden dann auch die Verkaufsstellen möglichst auffällig bekannt gemacht.

Autofahrten zu Wucherpreisen.

Aus der Nationalversammlung ist der Regierung folgende Anfrage vorgelegt worden: Auf eine Anfrage betreffend die Mißstände in Berliner Kraftfahrzeugwesen habe die Regierung erklärt, daß durch die damals abgeschlossenen Tarifverhandlungen eine Einigung zwischen Reichsverkehrsministerium und Fuhrernehmern erzielt worden sei, die die Befriedigung der gestiegenen Mißstände verbürge, und weiter, daß eine schärfere Polizeiaufsicht ausgeübt werden solle. Wie die häufig ausgesprochenen Klagen aus dem Publikum beweisen, haben sich aber die Mißstände nicht nur nicht verbessert, sondern sie sind im Gegenteil noch größer geworden. Zu den bereits bekannten Lagen ist noch eine neue, noch eine vierbedeckte zu haben. Sind der Reichsregierung diese andauernden Mißstände bekannt und was gedenkt sie zu deren Befriedigung zu tun?

Es ist in der Tat an der Zeit, daß hier gründlich durchgegriffen wird. Die Verhältnisse im Berliner Kraftfahrzeugwesen haben heute Mißstände erreicht, die schmerzhaft nicht mehr hergerrungsbüßig sind. Da der Fahrpaß den schamlosen Forderungen der Wucherführer hilflos gegenübersteht, so können sich Autofahrten nur noch Leute leisten, denen es auf ein paar blaue Lappen mehr oder weniger nicht ankommt.

Der Kampf gegen den Darlehensschwindel, den die Kriminalpolizei nach dem Kriege sofort wieder aufnahm, wird mit gutem Erfolge trotz aller Schwierigkeiten fortgesetzt. Sehr wirksame Kampfgenossen hat sie an der Erwin-Bernhardt-Stiftung in Berlin und an der Zentrale zur Bekämpfung des Darlehensschwindels in Hamburg gefunden. Während des Krieges war der Darlehensschwindel lahmgelegt. Dann aber blühte er sofort wieder auf, um so mehr, als viele Leute in Not und Verlegenheit geraten waren und sich irgendwie, wenn auch mit großen Kosten, herauszuheilen versuchten. Es ist oft nicht leicht, den Unternehmern nachzuweisen, daß es ihnen nur auf das Einschleichen der Vorzüge auf die Vermittlungsgebühr ankommt und daß sie sich nicht die geringste Mühe geben, auch wirklich ein Darlehen aufkonde zu bringen. Hier greifen nun die beiden Verbände ein, die sich aus sozialen, gemeinnützigen Gründen den Kampf gegen den so gemeinschädlichen Schwindel zur Aufgabe gemacht haben. Sie unterstützen damit die Kriminalpolizei sehr wesentlich, und so gelang es den vereinten Bemühungen, eine ganze Reihe von großen Schwindeldelicten unerschöpflich zu machen. In Hamburg, der Zentrale des ganzen Schwindels, wurden die Darlehensvermittler Hans Gullas und Paul Plume, A. Franke, Lamm, Rauberoren, Theodor Albert und Winkel verhaftet, in Berlin zunächst der bekannte Leopold Laminger. Weitere Verhaftungen stehen auf Anordnung des Untersuchungsrichters bevor. Um ganz gründlich durchzugreifen und aufzuräumen zu können, ersucht die Kriminalpolizei alle Zeitgenossen, die noch keine Anzeige gemacht haben, sich bei ihr im Zimmer 801 oder bei der Erwin-Bernhardt-Stiftung in der Potsdamer Str. 116a zu melden.

Friedrichshagen. Redungen zur Ehegerichts- und Ortswehr werden wochentags abends von 6-7 Uhr im Lokal von Tinius, Friedrichstr. 121, entgegengenommen. Verbandsbücher sind huzuzulegen. Gemeindefachstelle Friedrichshagen.

Abkündigungsfragen. Am Sonntag, den 24. April, 7 Uhr findet in der Aula der Gemeindefachstelle, Wilmstraße, Ecke Barnsdorfer, eine Diskussionsversammlung statt, die über die Volksabstimmung Aufklärung gibt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Reinickendorf-C. Die Besetzung der Liste des verstorbenen Genossen G. Schönderg findet morgen Freitag, nachmittags 3/4 Uhr, auf dem Alten Friedhof, Graf-Adern-Allee, statt.

Seite, 22. April:

12. Abteilung. 7 Uhr: Konferenz der Funktionäre, Betriebsvertrauensleute und Ortsverbände bei Fröhlich, Pausauer Straße 1.

Morgen, 23. April:

Wilmersdorf. 1/8 Uhr: Außerordentliche Zentralversammlung in der Aula der Hindenburg-Oberrealschule, Am Tegel 36. Tagesordnung: 1. Wahl von 4 Beisitzern; 2. Wahl der Delegierten zur Kreisdeputationsversammlung.

Waurow. 7 Uhr: Offentliche Versammlung im „Kurfürsten“, Berliner Straße 102. Ref.: Hans Krüger. Zahlreiches Erscheinen Bedingung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter Radfahrerverein „Groß-Berlin“. Sonntag, den 25. April, 10 Uhr: Strahlzug durch den Dammert. Rückmarsch 1 Uhr: Bierwischen, Schwarzer Adler. — Touristenverein „Die Roten-Strube“. Sonntag, den 25. April: Pflanzung, Priesland, Nauen. Ab Leuter Bahnhof 6,25 Uhr. — Freier Wanderverband. Reichs-Dober-Galm — Aumersdorf. Abfahrt: Sonnabend, abends 6,12 Uhr, Anhalter Bahnhof. Rückfahrt: Friedrichshagen — Wilmersdorf — Spandau. Abfahrt 7 Uhr 100 Schleißer Bahnhof. — Berliner Touristenverein von 1897. Am Sonntag, den 25. April: Wandern Pflanzung, Rosendamm, Priesland. Abfahrt: Reichs-Dammertbahnhof 7,15 Uhr. Rückfahrt durch G. Westphal, Kunglunger Straße 45.

